

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Landesamtsdirektion - Abt. Personalangelegenheiten**

Kennzeichen  
LAD2-GV-17/60-03

Frist

DVR: 0059986

Bezug

Bearbeiter (0 27 42) 9005  
Mag. Gibisch

Durchwahl  
12033

Datum  
2. Dezember 2003

Betrifft

Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (2. DPL-Novelle 2003);  
Motivenbericht

Hoher Landtag!

Zum Gesetzesentwurf wird berichtet:

**Landtag von Niederösterreich**  
Landtagsdirektion  
Eing.: 02.12.2003  
Ltg.-**142/D-1/1-2003**  
R- u. V-Ausschuss

Zwischen dem Bund und der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes wurde eine Anhebung der Gehälter der öffentlich Bediensteten des Bundes in der Weise vereinbart, dass alle Gehalts- und Entgeltansätze zum Termin 1. Jänner 2004 um 1,85 % angehoben werden.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll die Anhebung der Gehaltsansätze für die Landesbeamten in gleicher Weise geregelt werden.

Im Hinblick auf die zwischen Bund und Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes getroffene Einigung über die Gehaltserhöhung war es zur Einhaltung des dadurch bedingten Zeitplanes notwendig, von einem Begutachtungsverfahren abzusehen.

Im Übrigen soll im gegebenen Zusammenhang eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach der Personenkreis, dem Familienhospizkarenz gewährt werden kann, erweitert wird. Mit der beabsichtigten Hinzunahme der Schwiegereltern soll eine seit längerer Zeit bestehende Forderung der Personalvertretung erfüllt werden. Damit wird die Rechtslage jener beim Bund angeglichen.

Da die Parteien der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften vom Regelungsgegenstand nicht betroffen sind, wird das Informationsverfahren auf die Regierungsvorlage eingeschränkt.

Die Kompetenz des Landes zur Regelung des Gegenstandes des Entwurfs gründet sich auf Art. 21 B-VG.

Die Kosten für die Gehaltsanhebung (inklusive der Vertragsbediensteten; das LVBG soll analog geändert werden) liegen für das Jahr 2004 bei rund 12,9 Millionen Euro.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf einer Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, LGBl. 2200, 2. DPL-Novelle 2003, der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluss fassen.

NÖ Landesregierung  
Dr. P r ö l l  
Landeshauptmann